

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Krankenhausausschuss
Sitzung am:	Dienstag, 20.06.2023
Sitzungsort:	Konferenzraum des Verwaltungsgebäude des Kreiskrankenhauses Grünstadt
Sitzungsdauer:	14.30 bis 16.25 Uhr; öffentliche Sitzung 14.30 Uhr bis 15.00 Uhr; nicht öffentliche Sitzung 15.00 Uhr bis 16.25 Uhr
Art der Sitzung:	TOP 1 – 5 öffentlich; TOP 6 – 9 nicht öffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigegeführten Anlagen.

Niederschriftführer

Markus Kieser
Verwaltungsdirektor

Vorsitzender

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld als Vorsitzender

Mitglieder CDU-Fraktion

Kretner, Ralf

Zaczekiewicz, Petra

Armbrust, Renate

Wagner, Klaus

Finkel, Waltraud

(Stellvertretung für Habenberger, Carolin)

Mitglieder SPD-Fraktion

Ballhausen, Stephan, Dr.

Niederhöfer, Reinhold

Schenk, Stephan

Geis, Ruth

(Stellvertretung für Hauenstein, Martina)

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Blöhs, Joachim

Messner-Vogelgesang, Ellen

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes

Ditrich, Heike

Mitglieder AfD-Fraktion

Walther, Elina

Pister-Baumann, Gabriele

Mitglieder FDP-Fraktion

Höhn, Alise

(Stellvertretung für Weisbrod, Dr. Achim)

Beratende Mitglieder - Beschäftigtenvertretung

Flierl, Markus

Gierhake, Eva, Dr.

Sauer, Sabine

Groß-Ohlmann, Barbara

Zengerle, Julia

Schmitt, Manuela

(Stellvertretung)

(Stellvertretung)

(fehlte entschuldigt)

Kreiskrankenhaus Grünstadt:

Verwaltungsdirektor Markus Kieser als Niederschriftführer

Ärztlicher Direktor Dr. med. univ. Niko Grabowiecki

Ltd. Oberarzt Dr. med. Thomas Repmann (Vertretung für Chefarzt Dr. med. Andreas Bernhardt)

Pflegedirektorin Christine Christmann

Borbe, Claudia (Stellv. Vorsitzende des Personalrates)

T a g e s o r d n u n g :

Öffentlicher Teil:

1. Kreiskrankenhaus Grünstadt;
vorläufiger Jahresabschluss/Jahresbericht der Prüfungsgesellschaft HRB Treuhand GmbH zum 31.12.2022
Vorlage: 122/2023
2. Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Zwischenbericht zum 31.03.2023
Vorlage: 123/2023
3. Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser – bundesweiter Aktionstag am 20.06.2023
Vorlage: 124/2023
4. Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Ausschreibung Erdgasliefervertrag und Stromliefervertrag für das Jahr 2024
Vorlage: 128/2023
5. Mitteilungen und Anregungen

Nicht öffentlicher Teil:

Planungs-, Finanz- und Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende, Herr Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Frau Gabriele Pister-Baumann von Herrn Landrat Ihlenfeld gemäß § 40 Abs. 5 und § 23 Abs. 2 LKO als Mitglied des Krankenhausausschusses auf die gewissenhafte Erfüllung der Aufgaben verpflichtet.

Auf Befragen wurden keine weiteren Anträge zur Tagesordnung der öffentlichen Sitzung gestellt.

Öffentlicher Teil:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Drucksache **122/2023**

Gremium:	Krankenhausausschuss
Sitzung am:	Dienstag, 20.06.2023

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	☐ über Umlaufverfahren.
☐ JA -Stimmen	☐ Nein -Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt;
vorläufiger Jahresabschluss/Jahresbericht der Prüfungsgesellschaft HRB Treuhand GmbH zum 31.12.2022
Vorlage: 122/2023

Der Krankenhausausschuss nimmt den vorläufigen Jahresabschluss/Jahresbericht 2022 zur Kenntnis. Weitere Beratungen hierzu erfolgen nach Vorlage des Prüfberichtes des Wirtschaftsprüfers.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der vorläufige Jahresabschluss/Jahresbericht 2022 wurde von Herrn Landrat Ihlenfeld und Herrn Verwaltungsdirektor Kieser erläutert.

Das voraussichtliche Jahresergebnis für das Jahr 2022 weist einen Fehlbetrag von 409.000 Euro aus.

Zunächst stellt Herr Kieser fest, dass das Jahr 2022, entgegen den Annahmen des Wirtschaftsplanes 2022, durchgehend von der Pandemie geprägt war.

Die Erlösseite hat sich gut entwickelt. Die Leistungszahlen (Kennzahl Bewertungsrelationen) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 395 (entspricht +7,3 Prozent) erhöht. Positiv haben sich dabei auch die Ausgleichszahlungen für die Behandlung von Corona19-Patienten und Versorgungsaufschläge für die Freihaltung von Betten zur Behandlung von Covid19-Patienten in Höhe von insgesamt 1.517.000 Euro ausgewirkt. Der Abschluss der Pflegesatzvereinbarung für das Jahr 2021 im Dezember 2022 wirkt sich positiv auf die Liquidität des Krankenhauses aus, da hier Forderungen in Höhe von ca. 2,9 Mio. Euro zur Auszahlung kommen. Weiterhin berichtete Herr Verwaltungsdirektor Kieser, dass die Abteilung Gynäkologie/Geburtshilfe mit 762 Geburten im Geschäftsjahr 2022 nur knapp unter dem Höchstwert des Vorjahres geblieben ist.

Auf der Ausgabenseite haben die sehr hohen Aufwendungen für pflegerisches Leihpersonal das Ergebnis belastet. Hier erfolgt nur eine Teilfinanzierung (in Höhe des für die Klinik geltenden Tarifvertrages) durch die Krankenkassen im Rahmen des Pflegebudgets. Die Inflationsrate von 6,9 Prozent im Jahre 2022 hat ebenso enorme Auswirkungen auf das Jahresergebnis des Krankenhauses, da eine Weitergabe der Kostensteigerungen durch die Festsetzung der DRG-Entgelte rechtlich nicht möglich ist. Beispielhaft seien hierfür die Aufwendungen für die Reinigungsleistungen (+13,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und für die Speisenversorgung (+11,2 Prozent) benannt.

Weitere Ausführungen erfolgen mündlich in der nächsten Sitzung am 21.09.2023 bei den Beratungen nach der Vorlage des Prüfungsberichtes des Wirtschaftsprüfers.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **123/2023**

Gremium:	Krankenhausausschuss
Sitzung am:	Dienstag, 20.06.2023

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	☐ über Umlaufverfahren.
__ JA -Stimmen	__ Nein -Stimmen	__ Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Zwischenbericht zum 31.03.2023
Vorlage: 123/2023

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Herr Landrat Ihlenfeld erläuterte die Vorlage.

Der Zwischenbericht zum 31.03.2023 wurde von Herrn Verwaltungsdirektor Kieser erläutert. Der Zwischenbericht zeigt, dass eine Unterdeckung von circa 199.000 Euro zu verzeichnen ist. Das Soll liegt bei einer Unterdeckung von circa 250.000 Euro.

Die Belegung hat sich im ersten Quartal sehr positiv entwickelt und liegt in etwa auf dem Niveau des Jahres 2019 (d.h. das Jahr vor der Covid19-Pandemie). Gegen-

über dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 208 Bewertungsrelationen (entspricht +15 Prozent). Diese Entwicklung ist in allen Hauptfachabteilungen festzustellen. Eine Umfrage der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz zeigt, dass im Durchschnitt aller Krankenhäuser die Leistungsdaten des ersten Quartals 2023 noch 7,5 Prozent unter dem Vergleichszeitraum 2019 liegen. Die geriatrische Tagesklinik konnte ihre Behandlungstage ebenfalls deutlich steigern.

Auf der anderen Seite sind sämtliche Ausgleichszahlungen in Verbindung mit der Covid19-Pandemie im Jahr 2022 ausgelaufen. Am 7. April 2023 ist der rechtliche Rahmen für die Corona-Schutzmaßnahmen ausgelaufen. Die bis dato als Isolierreinheit genutzte Station 5 wurde zum 25.04.2023 wieder geöffnet.

Im Bereich der Personalaufwendungen sind die Tarifverhandlungen für die Bereiche TVöD-VKA und TVÄ-VKA für das Jahr 2023 geeinigt und die Auswirkungen in die Hochrechnung eingepreist. Die Aufwendungen für Sachaufwendungen haben sich entsprechend den Preiserhöhungen durch die Firmen entwickelt. Diesen hohen Steigerungen stehen nur die Erhöhungen durch den landesweiten Basisfallwert (+4,3 %) entgegen.

Der Bund hat bisher für die pauschalierte Abdeckung von Kosten im Rahmen der Energiekostenanstiege einen Betrag von insgesamt 580.000 Euro für den Zeitraum 01.10.2022 bis 30.04.2024 ausgezahlt. Dies ist bereits in der Hochrechnung berücksichtigt. Inwieweit der Bund den Kliniken weitere pauschale Unterstützungen zukommen lässt ist aktuell noch offen und ist im Ergebnis noch nicht berücksichtigt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **124/2023**

Gremium:	Krankenhausausschuss
Sitzung am:	Dienstag, 20.06.2023

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	☐ über Umlaufverfahren.
☐ JA -Stimmen	☐ Nein -Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser – bundesweiter Aktionstag am
20.06.2023
Vorlage: 124/2023

Der Krankenhausausschuss beschließt die vorgelegte Presseerklärung.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Herr Landrat Ihlenfeld erläuterte die Beschlussvorlage.

Die wirtschaftliche Situation vieler Krankenhäuser in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz ist dramatisch. Extreme Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen und eine fehlende Refinanzierung dieser Inflation stellen alle Krankenhäuser vor extreme Herausforderungen.

Herr Landrat Ihlenfeld berichtet vom aktuellen Krankenhaus Rating Report des Leipniz-Institut für Wirtschaftsforschung indem der dramatische Anstieg von Insolvenzgefährdungen von Krankenhäusern dargelegt wird. Die wirtschaftliche Lage der Kliniken in Deutschland hatte sich demnach 2021 deutlich verschlechtert - am meisten in Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Die Zahl der akut insolvenzgefährdeten Kliniken ist im Corona-Jahr 2021 bundesweit von 7 auf 11 Prozent gestiegen, für Rheinland-Pfalz und das Saarland stieg der Wert von 4 auf 25 Prozent. Im Ländervergleich der höchste Anstieg.

Die DKG und die übrigen Landeskrankenhausgesellschaften kämpfen seit dem letzten Jahr mit der Aktion „Alarmstufe Rot“ um eine faire und nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser.

Befristete Hilfspakete und Einmalzahlungen konnten nicht umfassend helfen, um die Versorgungssicherheit durch Krankenhäuser in Deutschland nachhaltig sicherzustellen. Auch unter Einberechnung der Energiehilfen werden alle Krankenhäuser bis Ende 2023 nach Berechnung der DKG ein inflationsbedingtes Defizit von rund 10 Milliarden Euro aufweisen. Die Auswirkungen der hohen Tarifabschlüsse insbesondere ab 2024 stellt die Krankenhäuser vor große Herausforderungen.

Die KGRP fordert gemeinsam mit der DKG und den übrigen Landeskrankenhausgesellschaften die politisch Verantwortlichen im Bund und den Ländern deshalb auf, parallel zu strukturellen Reformschritten die Finanzierung der Krankenhäuser nachhaltig zu sichern. Das wirtschaftliche Überleben der Krankenhäuser muss gesichert werden, um eine geordnete Anpassung der Versorgungslandschaft im Interesse der Patientinnen und Patienten überhaupt erst zu ermöglichen.

Mit dem für Dienstag, den 20. Juni 2023 geplanten bundesweiten Aktionstag werden Krankenhäuser gemeinsam an die Bunderegierung appellieren, die Krankenhäuser zu retten. Die DKG wird an diesem Tag in Berlin eine Kundgebung veranstalten, die Landeskrankenhausgesellschaften werden in den Bundesländern tätig. Sinn des Aktionstages ist es, auf die schwierige Situation der Krankenhäuser aufmerksam zu machen. Die Krankenhäuser werden aufgefordert, sich an dem Aktionstag zu beteiligen.

Der Krankenhausausschuss beschließt hierzu folgende Presseerklärung:

Presseerklärung Kreiskrankenhaus Grünstadt

Bundesweiter Aktionstag „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Not“

EISKALTEN STRUKTURWANDEL BEENDEN

Mit dem bundesweiten Aktionstag am 20. Juni 2023 unter dem Titel „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Not“ machen die Kliniken in Deutschland auf ihre verheerende wirtschaftliche Situation aufmerksam. Auch das Kreiskrankenhaus Grün-

stadt ist durch immense inflationsbedingte Kostensteigerungen und fehlende Refinanzierung betroffen.

Der Krankenhausausschuss unter Vorsitz von Herrn Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld und das Krankenhausdirektorium geben hierzu folgende Erklärung ab:

Wir schließen uns dem Protest und dem Aktionstag an, weil wir endlich wieder Verlässlichkeit bei der Finanzierung der Kliniken benötigen. Bereits seit vergangenem Herbst machen die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz (KGRP) auf die Missstände aufmerksam. Es gab danach auch politische Hilfe, aber zum einen nicht genug und vor allen Dingen nicht mit nachhaltiger Wirkung. Wir müssen weg von immer neuen punktuellen staatlichen Hilfspaketen. Die Krankenhäuser benötigen wirtschaftliche Sicherheit für Krankenhausträger und Beschäftigte, aber auch und vor allem Versorgungssicherheit für Patientinnen und Patienten. Wenn politisch nicht gehandelt wird, erleben wir einen eiskalten Strukturwandel mit Insolvenzen, Schließungen und erheblichen Auswirkungen für die Versorgung der Menschen in unseren Krankenhäusern.

Schon im Herbst 2022 hatte die KGRP darauf aufmerksam gemacht, dass die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz einer zunehmenden Insolvenzgefahr ausgesetzt sind. Unabhängige Untersuchungen, wie der Krankenhausrating-Report, spiegeln wider, dass fast jedes zweite Krankenhaus in Deutschland von Insolvenz bedroht ist und fast keine Klinik mehr eine schwarze Null schreibt. Die Bundesregierung hat auf die Energiekostensteigerungen reagiert und 6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Diese fließen aber nur teilweise wirklich in die Kliniken. Immerhin hat sich die Politik nun aber kurzfristig entschlossen, dass 4 dieser 6 Milliarden als direkte pauschale Hilfen ausbezahlt werden.

Andere inflationsbedingte Mehrkosten, wie bei Material, externen Dienstleistern, Lebensmitteln usw. treffen die Kliniken trotzdem weiterhin. Die Krankenhäuser haben aber keine Möglichkeit, die gestiegenen Preise weiterzugeben.

Die Preissteigerungen der Kliniken sind für das Jahr 2023 bei 4,3 Prozent gesetzlich gedeckelt. Die Inflation liegt aber weit darüber.

Zu den Kostenbelastungen gehört auch die nur teilweise gesicherte Refinanzierung der Tarifsteigerungen. Und für 2024 sind nach dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst weitere Kostensteigerungen absehbar.

Die Kliniken fordern am bundesweiten Aktionstag die Politik auf, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie auf wirtschaftlich sicherer Grundlage vorausplanen können.

Bis die große Krankenhausreform wirklich greift, müssen Insolvenzen von Krankenhäusern infolge eines kalten Strukturwandels vermieden werden, damit die Versorgungssicherheit überall im Land gewährleistet bleibt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **128/2023**

Gremium:

Krankenhausausschuss

Sitzung am:

Dienstag, 20.06.2023

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	☐ über Umlaufverfahren.
☐ JA -Stimmen	☐ Nein -Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Ausschreibung Erdgasliefervertrag und Stromliefervertrag für das Jahr 2024
Vorlage: 128/2023

Beschluss:

Die Verwaltungsdirektion wird ermächtigt, den Zuschlag für die Erdgaslieferung und für Stromlieferung an den jeweils kostengünstigsten Anbieter zu erteilen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Herr Landrat Ihlenfeld und Herr Verwaltungsdirektor Kieser erläuterten die Beschlussvorlage und informierten über die aktuellen Verträge der Energiebezüge.

Das Kreiskrankenhaus Grünstadt benötigt für die Erzeugung von Energie in seinen Energieversorgungsanlagen Erdgas. Der seit dem 1. Januar 2021 bestehende Liefervertrag mit der Stadtwerke Grünstadt GmbH läuft zum 31. Dezember 2023 aus. Somit ist ein neuer Liefervertrag für die Zeit ab dem 01.01.2024 abzuschließen.

Das Kreiskrankenhaus Grünstadt erzeugt einen Großteil der im Krankenhaus benötigten elektrischen Energie in dem mit Erdgas betriebenen Blockheizkraftwerk des Krankenhauses. Die restliche vom Krankenhaus benötigte Strommenge bezieht das Krankenhaus aus dem öffentlichen Netz. Der seit dem 1. Januar 2022 bestehende Liefervertrag mit der Stadtwerke Grünstadt GmbH läuft zum 31. Dezember 2023 aus. Somit ist ein neuer Liefervertrag für die Zeit ab dem 01.01.2024 abzuschließen.

Für beide Bereiche wird eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Im Rahmen der Ausschreibung werden etwa 20 Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert, darunter alle regionalen Versorger der näheren Umgebung. Aufgrund der aktuellen turbulenten Situation auf dem Energiemarkt soll die Laufzeit nur ein Jahr betragen.

Grundsätzlich hatte das Krankenhaus den Vorteil, dass die Verträge vor der Energiekrise abgeschlossen waren. Der Energiemarkt beruhigt sich aktuell etwas, allerdings wird es dennoch mit den neuen Preisen ab 2024 zu einer enormen Kostenbelastung für das Kreiskrankenhaus führen.

Da die Anbieter das Angebot nur zu einem Stichtag garantieren können, muss der Zuschlag nach Prüfung der Angebote sofort erfolgen. Die Ausschreibungen sind für den Monat Juli vorgesehen.

Die Verwaltungsdirektion wird daher ermächtigt, den Zuschlag für die Erdgaslieferung und für Stromlieferung an den jeweils kostengünstigsten Anbieter zu erteilen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Gremium: Krankenhausausschuss

Sitzung am: Dienstag, 20.06.2023

Sitzung / Abstimmung :

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit:	☐ über Umlaufverfahren.
__ JA -Stimmen	__ Nein -Stimmen	__ Enthaltungen

Tagesordnung:

Mitteilungen und Anregungen

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Herr Dr. Grabowiecki berichtete über die erfolgreiche Durchführung des Tages des offenen Kreißaals am Muttertag. Die Resonanz war überwältigend.

Herr Kieser informierte über die Veranstaltung der Teddy-Klinik am 24.06.2023, die erstmals im Kreiskrankenhaus Grünstadt stattfindet. Es gibt bereits über 80 Anmeldungen von Kindern und deren Begleitpersonen. Ziel ist es dabei, den Kindern spielerisch Angst vor medizinischen Untersuchungen zu nehmen.

Frau Armbrust fragte an, wie viele Ausbildungsplätze in welchen Bereichen angeboten und derzeit besetzt sind. Frau Geis interessierte in diesem Zusammenhang die Quote der Abbrecher. Die Daten werden in der nächsten Sitzung vorgestellt.